

sexarbeit

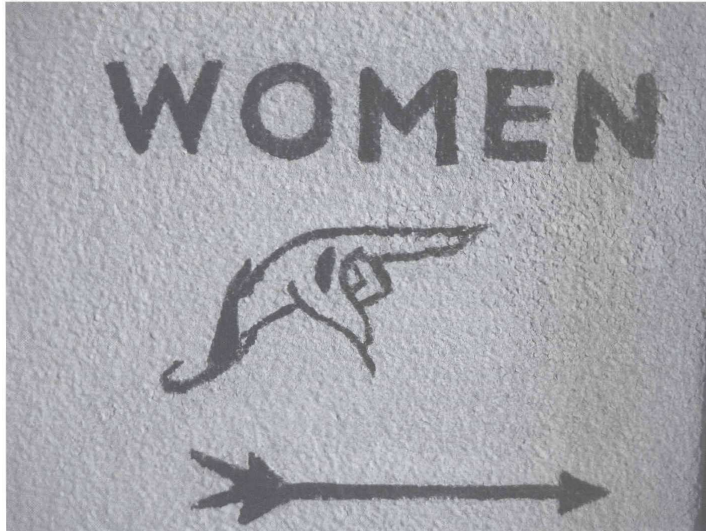


Foto: Kevin Collins

## ***Straßenstrich ohne Straße***

Mit einem Sieben-Punkte-Programm will die Stadt Wien die Situation der Straßenprostitution in stark frequentierten Gegenden wie dem 15. Wiener Gemeindebezirk verbessern. Die Frage ist allerdings: Für wen?

Von **Gabi Horak** und **Bettina Surtmann**

Sie kann seit zehn Tagen wieder schlafen. „Das Glück strahlt aus ihren Augen“, berichtet Gabriele Schön in ihrem Weblog-Eintrag vom 21. August über die Befindlichkeit einer ihrer NachbarInnen. „Die permanenten Polizeikontrollen sorgen schon seit Wochen für immer spärlicher werdenden Freierverkehr“, beschreibt Schön die aktuelle Situation in ihrem Wohngrätzl. Sie ist Aktivistin der „Bürgerplattform Felberstraße“, die gegen den Straßenstrich mobilisiert und sich für die Einhaltung der sog. Schutzzonen im 15. Wiener Gemeindebezirk Rudolfsheim-Fünfhaus einsetzt. Geht es nach den AnrainerInnen, soll bei Verstößen gegen die Schutzzonen-Regelung mehr als „nur eine Verwaltungsstrafe“ her. Genauer wurde das bisher nicht definiert. Die Vorgeschichte: Ende Mai stellte die Stadt Wien ein Sieben-Punkte-Programm vor, das neben Streetwork, einer Hotline, Studien und verstärkten Polizeikontrollen auch einen Feldversuch umfasst: Zwei abgelegene Straßenzüge im 15. Bezirk wurden explizit für die Straßenprostitution vorgesehen, die Felberstraße mit ihren vielen Schutzzonen hingegen zur Tabu-Zone erklärt. Dort, wo früher bis zu 200 Frauen arbeiteten, steht nun kaum mehr eine. Und die AnrainerInnen sind glücklich.

**Strafe statt Schutz.** Für die betroffenen Sexarbeiterinnen – mehrheitlich Migrantinnen – bedeuten häufige

Polizeikontrollen und Strafen hingegen vor allem eines: Stress. Ihre ohnehin prekäre Arbeitssituation wird dadurch nicht besser. „Die Sexarbeiterinnen lehnen das Arbeiten auf der Wienzeile und beim Technischen Museum ab. Die Gegend ist schlecht beleuchtet, es gibt kein Café, keine Infrastruktur wie

**Dem – höchst subjektiven – Bedürfnis der AnrainerInnen nach „Ruhe und Ordnung“ wurde vorerst nachgekommen. Ihnen die Situation der Sexarbeiterinnen zu vermitteln, ist hingegen wesentlich schwieriger.**

Sanitäranlagen, kein Stundenhotel in der Nähe. Und der Gefahr, in ein Auto einzusteigen und weiter weg in ein Hotel zu fahren, wollen sie sich nicht aussetzen.“ Die Mitarbeiterinnen des Vereins LEFÖ üben scharfe Kritik am Sieben-Punkte-Programm der Stadt und speziell am Feldversuch im 15. Bezirk. Durch die massive Polizeipräsenz fühlten sich die Sexarbeiterinnen weder gestärkt noch geschützt: „Sie werden ständig kontrolliert und mit hohen Strafen belegt.“ Durch die zahlreichen Morde an Sexarbeiterinnen in den vergangenen Monaten seien die Frauen zusätzlich verunsichert – und bestärkt darin, in kein Auto zu steigen. In den für sie „reservierten“ Straßen-

zügen an der Wienzeile und hinter dem Technischen Museum sind die Sexarbeiterinnen aber auch nicht. Wo genau all die Frauen hin sind, die sich bisher am Straßenstrich tummelten, weiß niemand so genau. Vermutlich arbeiten sie nun häufiger in Bordellen, in Wohnungen oder im Untergrund. „Dabei raten wir den Frauen

immer sich abzusprechen, auf der Straße aufeinander aufzupassen – das ist durch diese Verdrängung nicht mehr möglich“, erklärt Renate Blum von LEFÖ.

**Alle Pflichten, weniger Rechte.** Dem – höchst subjektiven – Bedürfnis der AnrainerInnen nach „Ruhe und Ordnung“ wurde durch den Feldversuch, der noch bis Ende November 2010 läuft, vorerst nachgekommen. Ihnen die Situation der Sexarbeiterinnen zu vermitteln, ist hingegen wesentlich schwieriger. Im Rahmen des Sieben-Punkte-Programms wurde die Beratungsstelle SOPHIE von der Stadt Wien mit dem Beschwerde- und Konfliktmanagement beauftragt. Die Streetworkerinnen von SOPHIE

Verein LEFÖ – Beratung,  
Bildung und Begleitung für  
Migrantinnen, [www.lefoe.at](http://www.lefoe.at)

SOPHIE mobil  
Hotline: 0676/88 666 222  
(Mo–Fr 10–17.00)  
<http://de.sophie.or.at>

mobil sind bis zu sechs Stunden täglich auf der Straße, um bei den AnrainerInnen für Verständnis zu werben, zu informieren und zu deeskalieren. Außerdem gibt es eine Hotline und wöchentliche Sprechstunden in den betroffenen Bezirken.

Doch nicht nur bei den AnrainerInnen herrscht viel Unwissenheit, was z.B. die Arbeitsbedingungen von SexarbeiterInnen in Österreich betrifft. Prostitution ist in Österreich grundsätzlich erlaubt, in den westlichen Bundesländern nur in Bordellen, in anderen wie auch in Wien ist die Anbahnung zu bestimmten Zeiten und Bedingungen auch auf der Straße erlaubt. In der Bundeshauptstadt gelten etwa rund um Schulen, Spielplätze, Pflegeanstalten und Kirchen sog. Schutzzonen.

SexarbeiterInnen müssen jede Woche zur Gesundenuntersuchung und alle drei Monate zum AIDS-Test. Die Verwaltungsstrafen für fehlende Untersuchungen oder die Anbahnung in Schutzzonen betragen in Wien bis zu 2.000 Euro (in anderen Bundesländern bis zu 14.500 Euro). SexarbeiterInnen haben keine Möglichkeit, in einem Angestelltenverhältnis oder als freie DienstnehmerInnen zu arbeiten: Sie gelten als „Neue Selbstständige“ mit allen Pflichten wie andere Selbstständige auch. Sie müssen sich beim Finanzamt melden und Steuern zahlen. Die gleichen Rechte genießen sie aber nicht.

**Klassiker „Sittenwidrigkeit“.** Bekommen SexarbeiterInnen für geleistete Dienste nicht die vereinbarte Bezahlung, können sie diese nicht einklagen, denn ihre Tätigkeit gilt laut Urteil des Obersten Gerichtshofes immer noch als „sittenwidrig“ – und „sittenwidrige Verträge“ besitzen keine Gültigkeit. Monika Vana, Stadträtin und Frauensprecherin der Grünen Wien: „So lange Sexarbeit nicht endlich von der Sittenwidrigkeit entkoppelt und als Beruf anerkannt wird, so lange besteht die große Gefahr der Ausbeutung von SexarbeiterInnen. Wer mehr Sicherheit in der Rotlichtzone will, muss zuerst den SexarbeiterInnen mehr Rechte einräumen.“

Die Wiener ÖVP möchte die Prostitution jedoch ganz von der Straße weg bekommen und in Bordelle verlagern. „Ohne ausdrückliche behördliche Genehmigung soll die Ausübung von Prostitution in Wien hinkünftig nicht mehr möglich sein“, meint Sicherheits-sprecher Wolfgang Ulm. Das ist aller-

dings mindestens ebenso realitätsfremd wie die Forderung vieler AnrainerInnen, den Straßenstrich zu verbieten. Eva van Rahden, Leiterin der Beratungsstelle SOPHIE erklärte in einem Interview mit wienweb.at: „Dann würde es einen illegalen Straßenstrich geben, den man nicht mehr steuern kann.“

**Prostitutionsgesetz neu.** Die Wiener SPÖ, allen voran Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, ist mit NGOs und Opposition auf einer Linie, was die notwendige Abschaffung der Sittenwidrigkeit betrifft. Auf Bundesebene ist zumindest Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek im Boot, trotzdem ist Sexarbeit ein heißes Eisen, an dem sich niemand die Finger verbrennen will.

Der nächste Schritt ist für Stadträtin Frauenberger eine Novelle des Wiener Prostitutionsgesetzes im nächsten Jahr. Die Erfahrungen des Pilotprojekts im Rahmen des Sieben-Punkte-Programms sollen dabei eine wesentliche Rolle spielen. Angedachte Änderungen sind einerseits die Meldepflicht für Bordelle und rechtliche Maßnahmen gegen Freier, die in Schutzzonen anbahnen. Andererseits macht sich Frauenberger für eine Kondom-Pflicht stark: „Auch wenn ich dafür Spott geerntet habe: Zum Schutze der Frauen wünsche ich mir ein Verbot des Anbietens von Unsafer Sex. Freilich ist mir klar, dass das schwer kontrollierbar ist. Es geht mir da eben auch um Bewusstseinsbildung und darum, dass sich die Frauen auf ein Gesetz berufen können, wenn sie ungeschützten Verkehr ablehnen.“

Von einer geplanten Gesetzesnovelle haben die Mitarbeiterinnen im Verein LEFÖ erst durch die Medien erfahren. Sie sind grundsätzlich gegen eine Bestrafung von Freiern und fordern stattdessen mehr Schutz und Sicherheit für SexarbeiterInnen sowie eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen: „Jede polizeiliche Maßnahme sollte letztendlich eine Gewaltprävention für SexarbeiterInnen sein.“ ●

**Gabi Horak ist freie Journalistin und wohnt ganz in der Nähe der Felberstraße in Wien 15 – mit Mann und Kind und bisher völlig unbelastigt.**

**Mag. Bettina Surtmann studierte Politikwissenschaft und Gender Studies in Wien und ist koordinierende Redakteurin der Österreichischen Pflegezeitschrift.**

## neuland entdeckungen im alltag



Beate Hammond

### Venus aus Afrika

Vor 200 Jahren, im Jahre 1810, wird eine junge Afrikanerin, circa 20 Jahre alt, von Kapstadt nach London verschifft. Sie stammt aus Südafrika, wo sie als Sklavin bei einer holländischen Familie auf einer Farm gelebt hat. Dort wurde sie Sara Baartman genannt, ihr afrikanischer Name ist bis heute unbekannt. Ihr ausladendes Gesäß fiel dem Schiffsarzt Alexander Dunlop aus England auf, als er auf der Farm zu Besuch war, und er sah in Sara eine Geldquelle.

Sie reisen 1810 nach London, wo Sara ab September nur in einem dünnen hautfarbenen Kleid als „Hottentotten-Venus“ aus dem „Inneren von Afrika“ zur Schau gestellt wird. Sie singt, spielt auf einem Saiteninstrument und dreht sich im Kreis. Gegen Geld kann man ihr dabei nicht nur zuschauen, sondern sie auch anfassen. Eine Organisation, die sich für die Abschaffung des Sklavenhandels einsetzt, geht gerichtlich gegen das entwürdigende Schauspiel vor. Vergebens. Der anberaumte Prozess scheitert, angeblich, weil Baartman beteuerte, sich freiwillig in England aufzuhalten. Sie soll auch gut verdient haben, zumindest wurde ihr die Hälfte der Profite versprochen.

Vier Jahre später tritt sie in Paris auf, wo sich auch namhafte Wissenschaftler an ihrem Anblick ergötzen, pardon, ihre Anatomie wissenschaftlich erforschen. 1815 stirbt sie, erst Mitte 20, angeblich an einer Lungenentzündung. Die tatsächliche Todesursache ist unbekannt, aber schon beim Prozess in England hat sie über die zu dünne Kleidung geklagt. Doch auch die Totenruhe wird ihr versagt: Ihr Skelett, Gehirn und ihre Genitalien waren noch bis 1974 in einem Pariser Museum ausgestellt, danach in den Archiven verwahrt.

Als der südafrikanische Präsident Nelson Mandela eine Rückgabe der sterblichen Überreste forderte, dauerte es volle acht Jahre, bis ein entsprechendes Gesetz dies erlaubte, denn die Stücke galten in Frankreich als „Nationalerbe“. Im Jahr 2002 wurden ihre Überreste nach Südafrika überführt und dort bestattet.

Beate Hammond macht ihre Entdeckungen in Wien.

Oktober 2010 an.schläge ● 11